Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang — Dresden, Freitag den 9. Januar 1931 — Nummer 7

Metallbarone diktieren 20 Prozent Lohnraub

Erster Vorstoß bei Gebler, Radebeul / Die Kampffront soll durch betriebliche Sondervereinbarungen zersplittert werden / Bürokratie verhöhnt die Arbeiter, statt zu kämpfen / Nur Streik auf der ganzen Linie kann den Scharfmacherangriff vereiteln!

Dresden, 8. Januar.

In den Gebler-Werken in Radebeul, einem Metallbetrieb, hat die Direktion dem Betriebsrat mitgeteilt, daß ein Lohnabbau von 20 Prozent der Akkordverdienste durchgeführt werde. Aus einer Mitteilung der SPD-Presse ist ersichtlich, daß die Vertreter der sächsischen Metallindustriellen am Schluß der Berliner Nachverhandlungen offen erklärt haben, nun einen weiteren Lohnabbau in jedem einzelnen Betriebe durchzudrücken.

Was wir vorausgesagt haben, von der Bürokratie und ihren Betriebsfunktionären bewußt verschwiegen oder bestritten wurde, ist eingetreten. Auf der Grundlage des Unternehmeranschlages in den Metallbetrieben, auf Grund des Vorstoßes auf Abschluß betrieblicher Sondervereinbarungen, setzt jetzt der Generalangriff ein. 10-, ja 20prozentiger Lohnabbau bei gleichzeitiger Androhung der Entlassung lautet das Unternehmerdiktat. Die Taktik der Scharfmacher, einen geschlossenen Streik zu verhindern, die Metallarbeiterfront zu zersplittern, wird jetzt durchgeführt. Das Verbrechen der Bürokratie, die Forderung der Opposition auf Streikerklärung gegen den Schandschiedsspruch und den Unternehmeranschlag zu verhöhnen, die Taktik der Unternehmer den Arbeitern zu verschweigen, ist jetzt auch für den sozialdemokratischen Arbeiter offenbar. Die Metallarbeiter zum Narren haltend, wagt es das Dresdner SPD-Blättchen, angesichts des Unternehmervorstoßes in den Gebler-Werken zu erklären:

„Wahrt euch, Arbeiter! Vergrößert nicht die Not der Arbeiterschaft durch Torheit! Fordert Einhaltung des Tarifvertrages!"

Das Ansinnen an die Arbeiter, sich zu wehren, die Einhaltung des Tarifvertrages zu fordern, ohne auf der ganzen Linie den Streik als die gegenwärtig einzig legitime Waffe gegen den Scharfmacherangriff zu erklären, ist eine nichtswürdige Verhöhnung der sächsischen Metallarbeiter. Jetzt nicht in geschlossener Front zu kämpfen heißt: Betrieb um Betrieb der Unternehmerwillkür ausliefern; heißt nicht nur einen 4prozentigen, sondern einen 10- und 20prozentigen Lohnabbau hinnehmen.

Macht darum die Parole der RGO zu der eurigen! Beschließt den Streik auf der ganzen Linie! Durchkreuzt die Taktik der Unternehmer, euch einzeln niederzuringen! Macht die Taktik der Bürokratie zuschanden, die euch auf Gedeih und Verderb der Willkür der sächsischen Metallindustrie ausliefern will!

Der Lohnraub bei Gebler

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Freitag, dem 2. Januar, befaßte sich eine Belegschaftsversammlung der Akkordarbeiter mit dem Thema Lohnraub. Der Betriebsratsvorsitzende Besser gab einen Bericht von der Verhandlung mit der Direktion über einen Lohnabbau von 20 Prozent der Akkordverdienste. Geladen war zu dieser Belegschaftsversammlung der 2. DMV-Bevollmächtigte und ausgebochte Kommunistenfresser Händel. Er glänzte durch Nichtanwesenheit. Seine Entschuldigung war, er könne das DMV-Büro wegen seiner Feiertagsarbeitszeit nicht verlassen. (Mit anderen Worten: Durch die Arbeitszeit im Büro wird der Verbandsbetrieb gesichert.) Die letzten Manteltarifabschlüsse geben den Unternehmern die Möglichkeit, auf diesem Gebiete vorzustoßen. Die DMV-Bürokratie schluckte diesen Schiedsspruch ohne irgendwelche Kampfmaßnahmen, denn Wirtschaftskämpfe bedeuten für diese Verräterpack Erschütterung ihrer Positionen. Im Verlauf der Versammlung stellte sich heraus, daß die betreffende Akkordarbeit, bei der der Lohnraub durchgeführt werden sollte, auf Anraten der Verbandsbürokratie unbedingt zu leisten ist, um später das Arbeitsgericht anzurufen. Der größte Teil der anwesenden Kollegen war über das Nichterscheinen, sowie über das Verhalten der Bürokratie sehr empört.

Kollegen! Verlaßt euch nicht auf das Arbeitsgericht, das Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Beweiset die Durchführung solcher Arbeiten, beantwortet jeden Lohnraub mit sofortigem Streik! Die Erfahrungen beweisen: der Unternehmer wird mit allen Mitteln weitere Lohnkürzungen durchführen, wenn ihm nicht die geschlossene Front der Arbeiterschaft entgegengestellt wird. Proleten der Göblerwerke, schließt euch zusammen in der RGO und kämpft unter deren Führung für ein menschenwürdiges Dasein! (43)

Morgen heraus! Aufmarsch gegen den Faschismus!

Ueber die Köpfe der Häuptling und Franke hinweg schließt die Einheitsfront mit den Reichsbannerarbeitern!

Unter dem Titel „Reichsbanner — Rotfront", „Verbrüderungsszenen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten", schreibt die bürgerliche Presse, darunter die Berliner Börsenzeitung:

„Im Verlauf der sozialdemokratischen Reichsbannerdemonstration, die am Dienstag im Friedrichshain-Viertel anläßlich der Beerdigung der zwei erschossenen Reichsbannerleute stattfand, erlebte die Oeffentlichkeit eine politische Ueberraschung:

Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterjugend (SAJ) in Kniehose und Wickelbändern verbrüderten sich ganz offen mit Kommunistischen-Jugend-Verbands-Mitgliedern, die gleichfalls in Kniehose und Wickelbändern erschienen waren!

Als Führer SPD-Gesinnter sich Verhaftung setzen, versuchten sie ihre jugendlichen Parteigenossen zu bewegen, sich von den Mitgliedern der KJD zu entfernen, — jedoch ohne Erfolg. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiter-Jugend, die neben den SAJ-Mützen auch das Reichsbannerabzeichen trugen, erklärten vielmehr, daß sie sich von ihren Parteifunktionären keine Vorschriften machen ließen und daß jetzt die Stunde gekommen sei, wo die antiproletarische Einheitsfront gegen Faschismus und Nationalsozialismus geschlossen werden müsse!" Beide Gruppen, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiterjugend, benahm immer wieder gemeinsam in den Ruf aus: Es lebe die rote antifaschistische wehrhafte Einheitsfront!"

Die sächsische SPD-Presse stellt diese bedeutungsvolle Demonstration proletarischer Einheitsfront in „Sensationelle Sitzungsberichte" um. Wir sehen sie auf ein leuchtendes Vorbild und Signal, daß die Verbrüderungsszenen im Kampf gegen den Faschismus auch in Sachsen sich durchsetzen müssen: durchsetzen bei der Beschickung der Kampfversammlungen; durchsetzen bei der morgigen Massendemonstration in Dresden gegen den Mordterror der braunen Mordpest, gegen faschistischen Schandurteil und Hungerdiktatur!

Morgen 17.30 Uhr Weißeritzstr.

Artikel 48 gegen das Ruhrgebiet

Radikaler Bankrott der sozialfaschistischen Tarifpolitik — Ein-Mann-Diktat zur Lohnherabsetzung

Essen, 8. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Schlichter Professor Stahn hat die Tarifparteien im Ruhrbergbau zu Sonnabend vormittag 9.30 Uhr zu neuen Schlichtungsverhandlungen eingeladen. Das heutige Morgenblatt der Voßischen Zeitung vom 8. Januar schreibt:

„Wie die Dinge liegen, müßte auch die Bemühung der in Berlin anwesenden Minister unter Staatssekretär Dietrichs die Möglichkeit des Scheiterns ins Auge fassen. Als Ausweg käme eine Notverordnung in Betracht, die in Abänderung der Schlichtungsordnung den Ein-Mann-Schiedsspruch des Schlichters für zulässig erklären würde. Es besteht kein Zweifel, daß diese Notverordnung angesichts der Gefahr der Aussperrung von 300 000 Arbeitern mehr wie eine ihrer Vorgängerinnen sich sehr wohl auf Artikel 48 berufen könnte."

Diese Meldung wird von dem heutigen „Vorwärts" und von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in derselben Linie gebracht. Es ist zu erwarten, daß der Reichspräsident noch heute oder morgen eine Notverordnung erläßt, die auf Grund Artikel 48 das Schlichtungswesen entsprechend ändert. Das würde zu 100 Prozent die Abschaffung des Schlichtungswesens überhaupt bedeuten. Daß sich die Gewerkschaften auch diesem Brüning-Stegerwald-Attentat fügen werden, geht aus einem Schlußsatz der den christlichen Gewerkschaften nahestehenden „Kölnischen Volkszeitung" hervor:

„Eine gemeinsame Austragung des Kampfes im Lohnkonflikt wäre nicht zu verantworten und ist auch nicht zu erwarten."

Die Empörung der Bergarbeiter läßt es der Bürokratie nicht angeraten scheinen, offen sich dem Lohnraubkonkordat der Zechenbarone zu fügen. Die Außerkraftsetzung des bisherigen Schlichtungswesens mit dem Artikel 48 soll ihnen das Argument geben, daß eine „höhere Gewalt", die Entscheidung Hindenburg-Brüning einen offenen Kampf gegen sie unmöglich macht. Sie machen sich dem Artikel 48 gefügig erdrücken, genau so wie die SPD der Notverordnung. Aber die Bergarbeiter, die in diesen Tagen die blutige Schule des Klassenkampfes erlebten, reformistische, nationalsozialistische und christliche Führer in der Front des blutigsten Polizeiterrors sahen, die jetzt erneut mit der Peitsche des Artikels 48 die Errungenschaften der Demokratie an ihrer Lohnfrage erleben werden, sie werden dieses Attentat nicht ohne Antwort hinnehmen. Aus dem Streik der 50 000 wird der Massenstreik der Hunderttausende erwachsen und einer Lawine gleich über die Lohnräuber und ihre Trabanten hinwegrollen.

Metallarbeiterstreik in Thüringen

Gotha, 9. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Unter Führung des roten Betriebsrates trat heute im Metallbetrieb Hell die Belegschaft geschlossen in den Streik gegen Lohnraub. Die 100 Mann starke Belegschaft hat wie ein Mann den Betrieb verlassen.

Kleinbauern demonstrieren gegen Brüning

Königsberg, 9. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach dem Hamlichen Empfang, den Brüning in Insterburg erleben mußte, ging es ihm ähnlich in Bad-Johannesburg. In Johannesburg kam es zu einer großen Demonstration der Arbeiter und Kleinen Bauern. Sie begrüßten den Reichskanzler mit den Rufen: „Wir wollen Arbeit und Brot." Die Kleinbauern riefen: „Wir Zwangsversteigerten haben genug." Der Reichskanzler beeilte sich, so schnell wie möglich nach Allenstein weiterzukommen, wo er im Schloß konferiert wurde.

Die neue Streikwelle

Dresden, den 9. Januar.

Die bürgerliche Demokratie ist zu ihr Handen gegangen. Mit Bürgerkriegsmethoden, mit der Waffe faschistischer Diktatur hat sich Unternehmer, Staatsgewalt und Gewerkschaftsbürokratie gegen die Arbeiter verbunden. Gewerkschaftstruppen schießen, schlagen mit blanker Waffe in die streikenden Ruhrbergarbeiter hinein. Die Brutalitäten im oberschlesischen Streikgebiet gleichen denen der wilden Jahrgänge aus dem Jahre 1920. Selbst das bisherige Schlichtungswesen ist infolge äußerster Klassenzuspitzung als Waffe des faschistischen Lohnraubes dumpf geworden und soll jetzt durch Artikel 48 ersetzt werden. Gestützt durch die Machtmittel Hitlers, der im „Völkischen Beobachter" den Vorschlag an die Macht als „Akten der bolschewistischen Revolutionen" bezeichnet, gestützt durch die reformistische und christliche Bürokratie, die sich die schmutzige Fähnle des faschistischen Lohnraubes und des Streikbruches erweist, erhalten Inhalt und Form der gegenwärtigen Massenkämpfe gegen den Lohnraub einen tiefen politischen Charakter, einen Charakter äußerster Klassenzuspitzung, die Klassenkämpfe auf höherer Stufe bei Klassenkampfes figurieren.

Auch im proletarischen Hochlohn machen die Reihen. Eine Streikwelle nach der anderen will ihre Tendenzen. Aus Streiks machen zu Massenbewegungen, Kämpfe gegen Lohnraub schlagen in politische Massenstreiks um. Der Kampf gegen Unternehmer, gegen die Streikbrechermacht bei [illegible] und [illegible] politischen Machtmitteln gegen [illegible] Schärfer die Gegensätze und entschiedenen Gegensätzen. Die Bürokratie [illegible] „Ablenkung des Streiks in Ruhrgebiet", aber sie [illegible] Die Zeit ist reif, wo die [illegible] Arbeiter die [illegible]